

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	III
Abkürzungsverzeichnis.....	IX
Literaturverzeichnis.....	XIII
Quellenverzeichnis.....	XXI

1. Kapitel: Die Grundlagen zur Würdigkeit von Schuldnern im Abschöpfungsverfahren

I. Die Restschuldbefreiung würdiger Schuldner als insolvenzrechtliches Verfahrensziel.....	1
II. Gesetzliche Ausgestaltung der Würdigkeit im Abschöpfungsverfahren.....	4
III. Gegenüberstellung der Würdigkeitsanforderungen einer Restschuldbefreiung mit und ohne Gläubigerzustimmung.....	9
IV. Historische Vorbilder der Würdigkeitsanforderungen im Abschöpfungsverfahren.....	11

2. Kapitel: Die Einleitungshindernisse, ihre verfahrensrechtliche Wahrnehmung und die Kostendeckung

I. Einleitungshindernisse als Unredlichkeitstatbestände (§ 201 Abs 1 IO).....	15
II. Die Einleitungshindernisse des Abschöpfungsverfahrens im Einzelnen.....	17
A. Die rechtskräftige Verurteilung auf Grundlage auserwählter Insolvenzstraftaten (§ 201 Abs 1 Z 1 IO).....	17
1. Insolvenzstraftaten zulasten der Gläubiger.....	17
2. Maßgeblichkeit der Rechtskraft einer strafgerichtlichen Verurteilung.....	19
3. Beurteilung einer Entscheidungsaussetzung bei anhängigem Strafverfahren.....	22
4. Zeitliche Limitierung der Verwertbarkeit strafgerichtlicher Verurteilungen.....	23
5. Die Relevanz eines Gnadenaktes.....	27
6. Bewertung ausländischer Verurteilungen als Einleitungshindernis.....	27
7. Amtswegige Erhebungen bei strafgerichtlichen Verurteilungen.....	28
B. Die Verletzung insolvenzrechtlicher Auskunftspflicht- oder Mitwirkungspflichten während des Insolvenzverfahrens (§ 201 Abs 1 Z 2 IO).....	29
1. Ausgangspunkte zu insolvenzrechtlichen Auskunftspflicht- und Mitwirkungspflichten.....	29
2. Einzelfälle zu insolvenzrechtlichen Auskunftspflicht- und Mitwirkungspflichtverletzungen.....	31
3. Relevanter Beobachtungszeitraum für eine Pflichtverletzung nach § 201 Abs 1 Z 2 IO.....	36
4. Vorwerfbarkeit der Pflichtverletzung und Verhältnismäßigkeitsabwägungen.....	37

C. Die Verletzung der Erwerbsobliegenheit während des Insolvenzverfahrens (§ 201 Abs 1 Z 2 a IO)	39
1. Hintergrund der Erweiterung einer zentralen Wohlverhaltensanforderung	39
2. Systematische Einordnung der Erwerbsobliegenheit in das Insolvenzverfahren.	40
3. Zur faktischen Sanierung der Prälusion eines Einleitungshindernisses	45
4. Der zeitliche Anwendungsbereich des Einleitungshindernisses nach § 201 Abs 1 Z 2 a IO (§ 279 Abs 3 IO idF IRÄG 2017)	46
D. Die Verletzung insolvenzrechtlicher Auskunfts- oder Mitwirkungspflichten durch Vertretungsorgane (§ 201 Abs 1 Z 2 b IO)	47
1. Leitgedanken zur Schaffung eines Sondertatbestandes	47
2. Der für die Pflichtverletzung durch Vertretungsorgane relevante Beobachtungszeitraum.	49
3. Einzelfälle zu insolvenzrechtlichen Auskunfts- und Mitwirkungspflichtverletzungen durch Vertretungsorgane	50
4. Normadressaten des Einleitungshindernisses nach § 201 Abs 1 Z 2 b IO.	53
5. Befristung und Vorwerfbarkeit als Tatbestandseinschränkungen.	55
6. Der zeitliche Anwendungsbereich des Einleitungshindernisses nach § 201 Abs 1 Z 2 b IO (§ 279 Abs 3 IO idF IRÄG 2017)	57
E. Die Begründung unverhältnismäßiger Verbindlichkeiten und die Verschleuderung von Vermögen (§ 201 Abs 1 Z 3 IO)	57
1. Verhinderung von Missbräuchen als gesetzliche Zielsetzung	57
2. Begriffsverständnis der „Begründung“ und „Unverhältnismäßigkeit“ einer Verbindlichkeit	59
3. Auslegung der Wortfolge „Verschleuderung von Vermögen“	62
4. „Vereitelung“ und „Schmälerung“ als maßgebliche Befriedigungsbeeinträchtigung	63
5. Befristung und Vorwerfbarkeit als Tatbestandseingrenzungen.	64
F. Unrichtige oder unvollständige schriftliche Angaben über wirtschaftliche Verhältnisse (§ 201 Abs 1 Z 4 IO)	65
1. Interpretation unrichtiger und unvollständiger Angaben über wirtschaftliche Verhältnisse	65
2. Das Erfordernis der „Schriftlichkeit“	67
3. Notwendiger Erhalt einer Leistung und Schutzwürdigkeits-erwägungen	68
4. Sondertatbestand für organschaftliche Vertreter einer juristischen Person	70
5. Beurteilung des Vorliegens einer Gesetzeslücke mangels Befristungsregelung	72
G. Die Bestätigungsversagung des Zahlungsplans wegen Sonderbegünstigung (§ 201 Abs 1 Z 5 IO)	73
H. Die Sperrfrist für ein neuerliches Abschöpfungsverfahren (§ 201 Abs 1 Z 6 IO)	74
III. Die verfahrensrechtliche Wahrnehmung der Einleitungshindernisse	76
A. Die Antragslegitimation des Insolvenzgläubigers (§ 201 Abs 2 IO)	76
B. Bescheinigungserfordernisse und amtswegige Prüfpflichten	78
C. Der Grundsatz der Befristung der Einleitungshindernisse	80
D. Die Prälusion der Wahrnehmung von Einleitungshindernissen	81

IV. Die Kostendeckung des Abschöpfungsverfahrens	83
A. Voraussichtliche Kostendeckung bei Einleitung des Abschöpfungs- verfahrens (§ 202 IO)	83
B. Beurteilung der Kostendeckung als Voraussetzung für die Erteilung der Restschuldbefreiung	84

**3. Kapitel: Die Obliegenheiten und die verfahrensrechtliche
Wahrnehmung ihrer Verletzung**

I. Die Obliegenheiten als Wohlverhaltensanforderungen (§ 210 IO)	89
II. Die Obliegenheiten des Abschöpfungsverfahrens im Einzelnen	90
A. Die Erwerbsobliegenheit des Schuldners (§ 210 Abs 1 Z 1 und Abs 2 IO) .	90
1. Angemessenheit der Erwerbstätigkeit unselbständig erwerbstätiger Schuldner	91
2. Der Rechtsbegriff des „Bemühens“ um eine angemessene Erwerbs- tätigkeit	94
3. Angemessenheit der Erwerbstätigkeit selbständig erwerbstätiger Schuldner	95
4. Beurteilung der Erwerbsobliegenheit von im Strafvollzug befindlichen Schuldnern	99
5. Auslegung der „Zumutbarkeit“ einer Erwerbstätigkeit	101
6. Die Zulässigkeit von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	103
B. Die Obliegenheit zur Herausgabe ausgewählter Vermögenswerte (§ 210 Abs 1 Z 2 IO)	104
1. Interpretation einer „unentgeltlichen Zuwendung“ und eines „Gewinns in einem Glücksspiel“	105
2. Auslegung des „Erwerbs von Todes wegen“ oder „mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht“	107
3. Gesetzesverständnis der „Herausgabe“ ausgewählter Vermögenswerte.	112
C. Die Obliegenheit der Anzeige eines Wohnsitz- oder Drittschuldner- wechsels (§ 210 Abs 1 Z 3 IO)	114
1. Gesetzlicher Hintergrund der Anzeigeobliegenheiten	114
2. Einzelfälle zu Drittschuldner- oder Wohnsitzänderungen	116
D. Das Verbot des Verheimlichens oder Unterlassens eines Vermögens- erwerbs (§ 210 Abs 1 Z 4 IO)	117
E. Die Auskunftsobliegenheiten des Schuldners (§ 210 Abs 1 Z 5 IO)	119
F. Die Auskunftsobliegenheit bei keinem oder unpfändbarem Bezug (§ 210 Abs 1 Z 5 a IO)	120
G. Die Obliegenheit der Zahlung an den Treuhänder zur Befriedigung der Gläubiger (§ 210 Abs 1 Z 6 IO)	122
H. Das Verbot der Einräumung von Sondervorteilen (§ 210 Abs 1 Z 7 IO) . .	122
I. Das Verbot des Eingehens neuer und bei Fälligkeit nicht zahlbarer Verbindlichkeiten (§ 210 Abs 1 Z 8 IO)	124
III. Die vorzeitige Einstellung des Abschöpfungsverfahrens	125
A. Vorzeitige Einstellung von Amts wegen (§ 210 a IO)	126
B. Vorzeitige Einstellung auf Antrag eines Insolvenzgläubigers (§ 211 Abs 1 IO)	129
1. Vorzeitige Einstellung wegen rechtskräftiger Verurteilung oder wegen Eingehens neuer Verbindlichkeiten (§ 211 Abs 1 Z 1 IO)	129

2. Vorzeitige Einstellung wegen einer (sonstigen) Obliegenheitsverletzung (§ 211 Abs 1 Z 2 IO)	132
a) Obliegenheitsverletzung als Grundtatbestand vorzeitiger Einstellung	132
b) Das Tatbestandsmerkmal der Befriedigungsbeeinträchtigung	133
c) Die notwendige Vorwerfbarkeit einer Obliegenheitsverletzung	135
3. Die Antragslegitimation des Insolvenzgläubigers	137
4. Bescheinigungslast des antragstellenden Insolvenzgläubigers	138
5. Subjektive Befristung des Einstellungsantrages	141
C. Vorzeitige Einstellung wegen Verletzung der Auskunftsobligiertheit in einem Einstellungsverfahren (§ 211 Abs 2 IO)	144
D. Die Beurteilung einer Sanierung von Obliegenheitsverletzungen	146
E. Die Wiederaufnahme des Insolvenzverfahrens nach vorzeitiger Einstellung des Abschöpfungsverfahrens (§ 212 IO)	148
IV. Der Widerruf der Restschuldbefreiung und seine verfahrensrechtliche Wahrnehmung (§ 216 IO)	149
A. Gravierende Obliegenheitsverstöße als Legitimation begrenzten Vertrauensschutzes	149
1. Die notwendige Vorsätzlichkeit einer Obliegenheitsverletzung	150
2. Beurteilung der „Erheblichkeit“ einer Befriedigungsbeeinträchtigung	151
3. Auslegung des Tatbestandsmerkmals „nachträglich“	152
B. Die verfahrensrechtliche Wahrnehmung des Widerrufs	152
4. Kapitel: Ausgewählte Rechtsprobleme der Würdigkeit von Schuldner	
I. Überlegungen zur Ausgestaltung der Einleitungshindernisse im Abschöpfungsverfahren	155
A. Rechtsfolgen von Zugangssperren in das Abschöpfungsverfahren	155
B. „Unbewegliches System“ der Einleitungshindernisse	158
C. Alternative Regelungsmodelle für unredliche Schuldner	161
D. Beurteilung des Zugangs unredlicher Schuldner in das Abschöpfungsverfahren	162
E. Notwendige Gläubigerautonomie und Präklusion von Einleitungshindernissen	164
II. Erwägungen zu einzelnen Würdigkeitsanforderungen	166
A. Limitierung der Verwertbarkeit von Verurteilungen	166
B. Ausgestaltung der Sperrfristenregelung	168
C. Erweiterung der Widerrufsgründe um Insolvenzstraftaten	169
Stichwortverzeichnis	171